

GUTENACHRICHTEN

UTE VOGT



Nr. 8, März 2013

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,

zum Jahresanfang noch einmal eine ausführlichere Ausgabe der "Guten Nachrichten" mit einem Rückblick auf interessante Termine und Themen. Für dieses Jahr haben wir uns allerdings vorgenommen, künftig kürzer und dafür aktueller zu informieren. Deshalb ist dies die letzte Ausgabe in 'klassischer' Form.

Dieses Jahr ist für uns natürlich bereits von Beginn an vom Bundestagswahlkampf geprägt. Auch wenn in der Bevölkerung insgesamt der Wahltermin am 22. September noch weit weg ist, für uns bestimmt er bereits jetzt das Tagesgeschehen. Am kommenden Wochenende findet nicht nur der SPD-Landesparteitag zur Vorbereitung der Bundestagswahl statt - zeitgleich lädt die SPD auch zum Bürgerkonvent nach Berlin ein. Auch einige Stuttgarterinnen und Stuttgarter, die sich mit eigenen Vorschlägen an unserem Bürgerdialog beteiligt haben, sind dazu eingeladen worden. Das Programm nimmt also Formen an. Nach dem Bürgerkonvent werden wir dann den ersten Entwurf im Parteivorstand beraten. Ein ambitionierter Zeitplan, denn schon am 14. April wird das gesamte Werk auf dem Bundesparteitag in Augsburg verabschiedet werden.

Jenseits dieser Wahlvorbereitung geht natürlich die Tagesarbeit weiter. Erfolgreich waren wir in dieser Woche mit einem fraktionsübergreifenden Antrag, der dafür sorgen soll, dass die Abfälle aus der ASSE schnellstmöglich geborgen werden können. Wobei auch dies ein Zeitraum von vielen Jahren bedeuten wird. Trotz der Freude über die Gemeinsamkeit jetzt, bleibt doch der Ärger, dass die Gefahren von radioaktiv strahlendem Müll schlicht unterschätzt oder schlimmer noch, sogar ignoriert wurden und dass die Verantwortungslosigkeit der Vergangenheit uns als Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nach heutigen Schätzungen mindestens 4 Milliarden Euro kosten wird! Übrigens auch ein Beispiel dafür, dass es nicht immer segensreich ist, wenn der Staat öffentliche Aufgaben nicht unmittelbar selbst wahrnimmt - Betreiber war nämlich früher das Helmholtz-Zentrum München. Erst Umweltminister Sigmar Gabriel hat dafür gesorgt, dass die Anlage dem Atomrecht unterstellt und entsprechend seit 2009 vom Bundesamt für Strahlenschutz betrieben wird.

Viel Spaß beim weiteren Lesen,
Ihre / Eure

Inhalt

Merkel regiert D ins Koma	S. 2	Besuch beim E-Handwerk	S. 6
Erhalt des EEG	S. 2	Armut in der reichen Stadt	S. 7
Steinbrück in Stuttgart	S. 3	Wohnen in der Stadt	S. 8
UNESCO-Auszeichnung	S. 3	Merkel vs. Steinbrück	S. 9
Friedensnobelpreis	S. 4	Kurz notiert...	S. 10

"Merkel regiert Deutschland ins Koma"

Deutliche Worte beim politischen Aschermittwoch von Manuela Schwesig

13.02.2013 | Großer Andrang im Forum am Schlosspark in Ludwigsburg: Manuela Schwesig, stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende, hält die diesjährige Aschermittwochsrede.

Nachdem "Lady Merkelbeth" alle ihre männlichen Gegenspieler nun abgeräumt habe, entfielen dem Regierungskabinett andere Minister durch Rücktritte und gefälschte Dokortitel. Schwesig bemerkt süffisant, dass Merkel auch gerne fremde Ideen übernehme: Kurzarbeitergeld, Regeln für die Finanzmärkte, Ausstieg aus der Atomenergie. Überhaupt, stellt sie fest, erreiche Merkel so eigentlich alles, was sie nicht wolle. Dass die Zeit reif ist für einen Regierungswechsel steht für Manuela Schwesig fest, denn "Merkel regiert Deutschland ins Koma".



Manuela Schwesig hielt die Aschermittwochsrede - danach kamen alle Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl auf die Bühne.

Foto: Büro Ute Vogt

„Ute Vogt, bitte setzen Sie sich für den Erhalt des EEG ein!“

Mit dieser Betreff-Zeile beteiligen sich viele Bürgerinnen und Bürger aus Stuttgart an einer Massenmail-Aktion für den Erhalt des EEG. Als Rückgrat der Energie-

wende soll es erhalten und verbessert werden. Dass auch Ute Vogt dieser Meinung ist, spiegelt ihre Antwort wider:

Wie wichtig es ist, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger diese Aktion von Greenpeace Energy unterstützen, zeigt die neu entfachte Debatte um hohe Strompreise – und der unweigerlich daraus resultierende Ruf nach Abschaffung des EEG.

Durch Fehlentscheidungen und Versäumnisse hat Schwarz-Gelb in der Vergangenheit die Kosten für die EEG-Umlage künstlich in die Höhe getrieben und macht nun die Erneuerbaren Energien für steigende Strompreise verantwortlich. Die Preisentwicklung der letzten Jahre ist in erster Linie auf die erhöhten Preise für die fossilen Energieträger zurückzuführen. Die Erneuerbaren Energien haben sich an der Strombörse eher preisdämpfend ausgewirkt. Denn die Kosten für Erzeugung, Transport und Vertrieb von Strom machen den Löwenanteil am Strompreis aus.

Aktuell hat der Bundesumweltminister ein Papier vorgestellt, in dem Maßnahmen zur „Strompreisbremsung“ aufgelistet werden. Dabei gießt das Papier eher Öl ins Feuer, als dass es wirkliche Alternativen anbietet.

Es ist kontraproduktiv, ausschließlich auf hohe Strompreise zu schauen. Eine Deckelung der EEG-Umlage, wie sie das Altmaier-Papier vorsieht, ist nach Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion keine Lösung. Stattdessen wäre ein Konzept sinnvoll, das den Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Modernisierung der Stromnetze, funktionierende Marktregeln und Maßnahmen für bezahlbare Energiepreise als Gesamtsystem behandelt. Auf das Problem des aktuellen Marktdesigns gibt das Papier leider keine Antwort.

Die Energiewende muss sozialverträglich, gerecht und transparent gestaltet werden. Um Versorgungssicherheit und Kosteneffizienz zu gewährleisten, wird eine konsistente Strategie benötigt. Das EEG aber in Gänge in Frage zu stellen, ist falsch. Es geht vielmehr darum, vernünftige Anpassungen vorzunehmen. Gerne setze ich mich auch weiterhin für den Erhalt des EEG ein!

Berufskolleg Institut Dr. Flad erhält UNESCO-Auszeichnung

Bildungseinrichtung bereits zum fünften Mal ausgewählt

05.12.2013 | Die Vereinten Nationen und die Deutsche UNESCO-Kommission verleihen die Auszeichnungen der sogenannten Weltdekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" seit 2005.

Jetzt ging eine davon an das Berufskolleg Institut Dr. Flad. Kernstück ist, in der Bildung den Lernenden die Fähigkeiten zu vermitteln, sinnvolle Entscheidungen für die Zukunft treffen zu können. Wolfgang Flad, Inhaber und Leiter der privaten Berufsbildungseinrichtung im Stuttgarter Westen, verfolgt genau diese Ziele. Umweltschutz, Klimawandel, Lebensmittelverschwendung, Fairer Handel, Ressourcenschonung - alle diese Themen werden fächerübergreifend über die Bildungsinhalte gelegt.

Ute Vogt, die Stuttgarter SPD-Bundestagsabgeordnete, übergab die Auszeichnung diese Woche vor der versammelten Schülerschaft. "Es ist das erste und bisher einzige Projekt der UN-Dekade, das bereits zum fünften Mal dafür von der Jury ausgewählt wurde," freut sie sich, diese Nachricht übermitteln zu dürfen. Es sei gerade das Engagement auch der Schülerinnen und Schüler, das diese Auszeichnung möglich macht. In Theorie und Praxis oder bei Aktionstagen wird das aktuelle Thema der Dekade vertieft. Die jungen Menschen planen Vorträge mit hochkarätigen Referenten oder veranstalten Diskussionsrunden. Einmal im Jahr führen sie sogar ein Theaterstück in Eigenregie auf, das das Jahresthema zum Inhalt hat. Diesmal war der Titel "Genussgipfel-Fressen oder gefressen werden" im Theaterhaus.

Warum sich ein Berufskolleg für Chemie, Pharmazie und Umwelt um Zukunftsethik kümmert, erklärt Schulleiter Flad so: "Man braucht den



Schulleiter Wolfgang Flad und Ute Vogt im Labor Foto: Büro Ute Vogt

Blick für das übergeordnete Ganze, also einen größeren Horizont. Denn Bildung ist das, was übrig bleibt, wenn wir vergessen haben, was wir auswendig gelernt haben." Weil die UN-Dekade längst nicht mehr in punktuellen Projekten laufe, sondern im Bildungsprogramm der Schule strukturell und dauerhaft verankert sei, so Geschäftsführer Dominik Blossat, erhielt die Schule nun erneut auch in 2012 das Votum der Jury. Auch dies sei ein Vorteil von Privatschulen, dass man derlei Engagement unbürokratisch und recht schnell umsetzen könne.

...

**„Wir brauchen
mehr WIR,
weniger ICH“**

**Peer Steinbrück
zu Gast auf dem
Neujahrsempfang der
SPD-Ratsfraktion**



v.l.n.r.: Ernst Ulrich von Weizsäcker, Ute Vogt, Roswitha Blind, Rainer Stickelberger, Peer Steinbrück, Dejan Perc, Ute Kumpf am 14.02.2013

Foto: Büro Ute Vogt

Friedensnobelpreis: Ute Vogt nominiert Malala Yousafzai

31.01.2013 | Ute Vogt hat das Nobelpreiskomitee in Oslo angeschrieben und Malala Yousafzai für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Der Mut von Malala Yousafzai, sich unter Einsatz ihres Lebens für die Rechte der Frauen und für Bildung einzusetzen, ist ein Symbol der Hoffnung für Menschen in autoritären Regimen. Darüber hinaus ist Malala Yousafzai ein Vorbild für uns alle! Auch bei uns gilt es, bei Ungerechtigkeiten hinzuschauen und selbst aktiv zu werden.

Malala Yousafzai setzt sich in ihrer Heimat Pakistan für die Bildung junger Frauen ein. Am 09.10.2012 verübten bewaffnete Taliban ein Attentat auf sie und verletzten sie schwer. Weltweit setzen sich verschiedene Initiativen für eine No-

minierung ein und auch Bürgerinnen und Bürger aus Stuttgart haben Ute Vogt gebeten, Malala Yousafzai zu nominieren.

Nominierungstext im Original:

Hereby I wish to nominate Malala Yousafzai for the Nobel Peace Prize. She is a symbol of hope and courage not only in the struggle for women rights, but also for all people to get education. It is amazing, especially considering her age, that neither threats nor pressure could stop her from speaking out loud. As far as I am concerned this makes her a worthy candidate for the Nobel Peace Prize.



Zukunftsforum der Sozialdemokratie

15.02.2013 | Ute Vogt, Peer Steinbrück, Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD-MdB aus Waldshut) und Katja Mast (MdB und SPD-Generalsekretärin) nach der Veranstaltung in der Liederhalle

Probefahrt mit dem Elektro-Bus

18.01.2013 | Ute Vogt und Anette Sawade bei der Firma Ziel-Abegg in Künzelsau.

Der Bus hat eine besonders effiziente Antriebstechnik durch den Einbau des Elektromotors in den Rädern! Natürlich laufen die Fahrzeuge auch schon vielerorts in Europa - leider noch nicht in Deutschland.



Ute Vogt mit ihrem „Patenkind“ für das USA-Schüleraustauschprogramm

Oleg Stepanov, Schüler am Karlsgymnasium, fliegt im August für ein Jahr mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm PPP über den 'großen Teich'.



Los geht's!

10.12.2012 | Ute Vogt und Nicolas Schäfer nach der Nominierung als Bundestagskandidatin und -kandidat für die beiden Stuttgarter Wahlkreise bei der SPD-Kreiskonferenz.

Zusätzliche Bundesmittel für Krippenausbau dank SPD

Baden-Württemberg kann 78,16 Mio. EUR abrufen

Zum 1. August 2013 gilt der Rechtsanspruch für Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Der Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung eilt. Darum gibt der Bund nun zusätzliche Mittel für den Krippenausbau in Höhe von 580,5 Mio. Euro. Damit können 30.000 zusätzliche Krippenplätze geschaffen werden. So hat es der deutsche Bundestag am Donnerstag beschlossen.

Die Stuttgarter SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt freut sich, dass es voran geht und dass auf Baden-Württemberg 78.158.734 EUR entfallen. Sie stellt aber fest, dass nur auf massiven Druck der SPD im Bund und in den Ländern die schwarz-gelbe Bundesregierung jetzt das Geld für den Kitausbau bereit stellt. Im Zuge der Verhandlungen zum Fiskalpakt letztes Jahr hätten sich vor allem die SPD-Ministerpräsidenten Kurt Beck und Olaf Scholz mit ihrer Forderung nach einer stärkeren Beteiligung des Bundes am Kita-Ausbau durchgesetzt. Ute Vogt: „Ohne die Verknüpfung des Themas Kita-Ausbau mit dem Thema Fiskalpakt wäre es überhaupt nicht möglich gewesen, zusätzliche Bundesmittel für den U3-Bereich zu mobilisieren.“ Dass diese dringend benötigten Mittel jetzt endlich kommen, sei also keinesfalls Bundesministerin Schröder (CDU) oder der Bundesregierung zu verdanken. Denn dass ein weitaus höherer Bedarf an Plätzen in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege da ist, habe die Familienministerin stets bestritten.

Familienministerin Schröder ducke sich seit Jahren weg, wenn es darum geht, den Ausbau der frühkindlichen Bildung zu forcieren, kritisiert die Abgeordnete. Die SPD habe auch immer deutlich gemacht: Geld allein reicht nicht aus, um den Kita-Ausbau weiter anzuschieben. Die Bundesregierung müsse in verschiedenen Bereichen – beispielsweise zur Gewinnung von mehr Fachkräften für Kindertageseinrichtungen und zum weiteren Ausbau der Qualität – endlich aktiv werden.

„Wir brauchen darum dringend einen neuen Krippengipfel“, fordert Ute Vogt, „um dort zusätzliche konkrete Maßnahmen zu verabreden.“ Auch die Kommunalen Spitzenverbände und weitere Verbände fordern nach wie vor einen solchen Krippengipfel - den Ministerin Schröder jedoch stets zurückweist.

Dass die Bundesregierung an dem umstrittenen Betreuungsgeld festhält, regt Ute Vogt am meisten auf: „Mit diesem Betreuungsgeld wird nur ein Anreiz geschaffen, die öffentlich geförderten Angebote der frühkindlichen Bildung nicht zu nutzen.“ Das sei nicht nur bildungs- und integrationspolitisch eine Katastrophe, sondern führe auch dazu, dass Geld für den Krippenausbau schlicht fehle.

Besuch beim E-Handwerk: Fachverband Elektro- und Informationstechnik

23.01.2013 | Nach einem Gespräch mit den Vertreterinnen und Vertretern des baden-württembergischen Handwerks in Berlin habe ich die Kontakte genutzt, um fachliche Aspekte der Energiepolitik gleich danach vor Ort durch den Besuch beim Fachverband Elektro- und Informationstechnik zu vertiefen. Natürlich ging es dabei um die aktuelle Energiepolitik, um Chancen und Beschwernisse des Elektrohandwerks und auch um jede Menge technischer Innovationen, die helfen die vorhandene Energie effizienter einzusetzen. Denn auch wenn es zuweilen in Vergessenheit gerät: Energiewende ist nicht allein der Umstieg auf Erneuerbare Energieträger, sondern auch der bessere Umgang mit unseren Ressourcen und eben deren effizienter Einsatz. Außerdem ging es natürlich auch um zukünftige Arbeitsplätze, deren Anforderungen und die Anstrengungen des Verbands bei der Aus- und Weiterbildung.

In Sachen Wirtschaftspolitik diskutierten wir die möglichen Auswirkungen anstehender Gesetzesvorhaben. So sieht eine EU-Richtlinie zur Rücknahme vom Elektroaltgeräten vor, die Verkaufsstellen ab einer Verkaufsfläche von 400 m² zur Rücknahme zu verpflichten. Das wäre aus Verbandssicht ein akzeptables, weil praxisorientiertes Vorgehen. Bei der Überführung der Regelung in deutsches Recht droht dies allerdings zu kippen.

Denn derzeit plant die Bundesregierung nicht nur die großen, sondern schlicht alle Händler zur Rücknahme zu verpflichten - und zwar unabhängig vom Einkauf. Also Kauf beim Großhändler oder im Internet und Rückgabe beim ortsansässigen Kleinbetrieb - verständlich, wenn diese Pläne auf Widerstand stoßen! Sorge macht den kleinen und mittelständischen Betrieben auch die auf europäischer Ebene geplante Ausweitung des Zahlungsverzugs. Für die Liquidität der Betriebe ein kaum zu meisterndes Verfahren, da bereits heute schlechte Zahlungsmoral schon viele Betriebe in Bedrängnis bringt. Eine dringend notwendige Korrektur wurde auch im Hinblick auf geltende Gewährleistungsrecht im Rahmen der Umsetzung der EU-Verbraucherrichtlinie angesprochen. Denn viele Handwerksbetriebe bei der Ausführung ihrer werkvertraglichen Leistungen im Falle

eines Mangels des beim Lieferanten bezogenen Materials in der Haftungsfalle sitzen. Denn in der Regel hat der Handwerker bei der Beseitigung des Mangels die Kosten für den Aus- und Einbau des mangelhaften Materials zu tragen. Hier gilt es, eine neue fairere Regelung zu finden.

Die Aus- und Weiterbildung ist ein (weiterer) beeindruckender Schwerpunkt der Aktivitäten des Fachverbandes Elektro- und Informationstechnik. So stellt der Fachverband beispielsweise Unterrichtsmaterialien des E-Handwerks für allgemeinbildende Schulen zur Verfügung deren Ziel es ist, junge Menschen für Technik zu begeistern. Beim Rundgang durch das Elektro Technologie Zentrum (etz) Stuttgart – einem der modernsten Ausbildungszentren der Branche bundesweit, wurde durch den Geschäftsführer Dr. Jürgen Jarosch die hohe Qualität der Ausbildung vermittelt. Die Führung umfasste die Bereiche der Lehrwerkstatt für Elektroniker Energie- und Gebäudetechnik, der Automatisierungstechnik bis zur der Informationstechnik. Mit der sog. Streicher-Villa besitzt der Verband ein beeindruckendes „Musterhaus“ für elektronische Steuerung



v.l.n.r.: Landesinnungsmeister Thomas Bürkle, Ute Vogt, Hauptgeschäftsführer Andreas Bek | Foto: Büro Ute Vogt

und die Möglichkeiten, die die moderne Haus-technik heute bieten kann. Ein interessanter Blick auf die Technik hinter den Kulissen einer gelungenen energetischen Gebäudesanierung - und ein guter Abschluss für ein höchst informatives Fachgespräch.

...

„Armut in der reichen Stadt“

Aus der Reihe STADTLLEBEN, präsentiert von der Friedrich-Ebert-Stiftung (Fritz-Erler-Forum)

23.02.2013 | In den großen Städten wächst die Armut. Auch in Stuttgart, einer reichen Stadt, können immer mehr Menschen immer weniger am Wohlstand und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Aber wie groß ist die Armut in Stuttgart wirklich und wie ist der Trend? Wer ist eigentlich armutsgefährdet und warum?

Mit diesen Fragen beschäftigten sich die Gäste auf dem Podium und im Publikum. Ute Vogt, die dem EinladerrInnenkreis angehört, stellte in den einleitenden Worten fest, dass durch Kürzung von Textpassagen oder verharmlosenden Änderungen im Entwurf für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung klar würde, dass CDU, FDP und CSU sich nicht mit dem zunehmenden Auseinanderdriften der Schere zwischen Arm und Reich beschäftigen wollen. Die strukturellen Bedingungen müssten dringend verbessert werden. Dazu gehörten u.a. der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn, eine Bekämpfung der Auswüchse von schlechten Arbeitsverhältnissen, aber zum Beispiel auch eine andere Wohnungspolitik, die wieder für mehr günstige Wohnungen, vor allem in den Großstädten Sorge.



Ariane Krentz vom Statistischen Landesamt führte aus, dass Stuttgart die Stadt mit der am schnellsten wachsenden Armutsgefährdung in Deutschland sei.

Diakoniepfrerin Karin Ott ergänzte, dass zwar die Sätze für Hartz IV oder andere Sozialleistungen deutschlandweit gleich seien, aber die Lebenshaltung in Stuttgart wesentlich höher.

Bernhard Löffler, der Regionsvorsitzende des DGB Nordwürttemberg forderte, man müsse wieder mehr dahin kommen, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Er lobte das Tariftreuegesetz der Landesregierung. Dass aber

Vermögen und Unternehmensgewinne höher besteuert werden müssten, steht für ihn fest.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum ging es unter anderem auch um die Frage der Subventionierung von Fahrkarten, damit die Betroffenen auch mobiler seien und mehr machen könnten. Moderiert wurde von Peter Heilbrunner, Ressortleiter Wirtschaft und Umwelt beim SWR.

...



v.l.n.r.: Ariane Krentz vom Statist. Landesamt, Moderator Peter Heilbrunner, Bernhard Löffler vom DGB, Pfarrerin Karin Ott
Fotos: Büro Ute Vogt

Ute Vogt: "Schwarz-Gelb handelt frei nach dem Motto: Früher haben die Armen schließlich auch vor den Toren der Stadt gelebt."

Auch den Mieterinnen und Mietern in Stuttgart hat die schwarz-gelbe Mehrheit mit der Novellierung des Mietrechts einen Bärendienst erwiesen. Mehr noch als in anderen Regionen brauchen Städte wie Stuttgart eine aktive politische Unterstützung zur Eindämmung der rasant steigenden Mieten.

Die Stuttgarter SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt stellt bitter

fest, dass die CDU/CSU-FDP-Bundesregierung stattdessen die Mieterrechte massiv beschnitten hat.

Mietminderungen werden stark begrenzt, d.h. wer zum Beispiel wegen Umbau- oder Sanierungsmaßnahmen die Wohnung nur eingeschränkt nutzen kann oder sogar Dusche oder WC nur in leeren Nachbarwohnungen oder gar ein Provisorium im Hof nutzen muss, darf die Miete nicht kürzen. "Das ist wohl das einzige Beispiel, wo man für etwas 100 % zahlt, aber nur einen Bruchteil davon bekommt", schüttelt Vogt den Kopf.

Der zweite große Knackpunkt ist die Abwälzung von energetischen Sanierungskosten auf die Mieter. Jährlich können nach dem neuen Gesetz 11% auf die Miete umgelegt werden. So kann es sein, dass im Extremfall 60 Euro Energieeinsparung

dann Mieterhöhungen von 200, 300 EUR im Monat gegenüberstehen.

Viele Mieterinnen und Mieter müssen wegen explodierender Mietpreise in ihren Stadtvierteln ihre teilweise seit Jahrzehnten bewohnten Wohnungen verlassen und an den äußeren Stadtrand ziehen. "Für die Bundesregierung ist die Klientel-

politik für Vermieter wichtiger als die Nöte der Mieter. Frei nach dem Motto: Früher haben die Armen

schließlich auch vor den Toren der Stadt gelebt", ärgert sich Ute Vogt. "Es ist aber Aufgabe einer Bundesregierung, solche mittelalterlichen Zustände zu unterbinden und die Rahmenbedingungen für bezahlbaren Wohnraum in unserem Land zu schaffen", so die SPD-Abgeordnete weiter.

Mit dem Argument, dass es auf dem Land und in der Fläche entspannt zugehe und es sich um ein Problem weniger Städte handle, zeigt die Bundesregierung, dass sie die extrem zugespitzte Lage aller Städte, allen voran natürlich Hamburg, München und eben auch Stuttgart, völlig unterschätzt.

Für immer mehr Menschen
wird Wohnen
in den Städten
unbezahlbar

...



Große Mieterdemo
7. März 17 Uhr
Schlossplatz

Merkel – Steinbrück

Kanzlerkandidaten im Vergleich



**Bundeskanzlerin
ANGELA MERKEL
CDU**

Nominierungsreden
von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
und Peer Steinbrück
auf den Parteitagen von CDU und SPD
im Dezember 2012 in Hannover
im „Wohnungsbau-Check“

JA **oder** **NEIN**
*Welche Wohnungsbau-Themen
Merkel und Steinbrück in ihren Reden
berücksichtigt haben*



**Kanzlerkandidat
PEER STEINBRÜCK
SPD**

Wohnungsbau-Thema



Energiesparen

Energiewende mit energetischer Gebäudesanierung ▪
Steigende Heiz- und Stromkosten



Mangel an bezahlbaren Wohnungen

Wohnungsnot in Groß- und Unistädten sowie Ballungsräumen



Explodierende Mieten

Hoffnungslose Wohnungssuche – betroffen insbesondere:
Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen,
junge Familien, Rentner, Azubis, Studenten ▪
Preisspirale bei Neuvermietungen ▪ Maklergebühren



Sozialer Wohnungsbau

Neue Förderprogramme



Städtebauförderung

Programm „Soziale Stadt“ ▪
Verdrängung sozial Schwacher – Gentrifizierung



Altersgerechtes Bauen

Förderung weiter finanzieren



So punkten die Kanzlerkandidaten bei der Wohnungsbau-Politik

Merkel – Steinbrück

1 : 6

Kurz notiert...

Viele freiberufliche Hebammen können sich steigende Berufshaftpflichtprämien nicht mehr leisten und steigen aus dem Beruf aus. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, Rahmenbedingungen für faire Vergütung und bezahlbare Versicherungen für Hebammen zu schaffen.

++++

Ärgernis als Dauerbrenner | Die Familien- und Gleichstellungspolitik der CDU-/CSU-/FDP-Bundesregierung ist eine einzige Katastrophe:

1. Die Flexiquote – fauler Kompromiss: Die Entscheidung über die Beteiligung von Frauen bleibt im Ermessen der Unternehmensführungen und damit wirkungslos. Daran ändern auch sogenannte „Zielvorgaben“ nichts.
2. Mütterrenten – falsche Priorität: Die gleiche Behandlung von Eltern im Rentenrecht, unabhängig davon, ob sie ihre Kinder vor oder nach 1992 bekommen haben, ist wünschenswert. Deutschland hat aber größeren Handlungsbedarf an anderer Stelle: Es sind noch Milliardeninvestitionen für mehr und bessere Kitaplätze sowie für ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen notwendig. Hier hat Deutschland großen Nachholbedarf und hier haben die Investitionen deshalb Vorrang.
3. Familiensplitting – Milliarden schwere Fehlinvestition: Familiensplitting klingt gut, ist aber nichts anderes, als eine weitere Besserstellung von Familien mit hohem Einkommen. Familien mit kleinen und mittleren Einkommen profitieren kaum oder gehen sogar leer aus. Das ist die falsche Weichenstellung.

Termine

08.03.2013 | Frauentag!

Ute Vogt ist von 12:30 bis 13:30 mit Nicolas Schäfstoß auf dem Markt in Weilimdorf.

Von 14 Uhr bis 15:30 Uhr auf dem Albplatz in Degerloch mit dem SPD-Ortsverein.

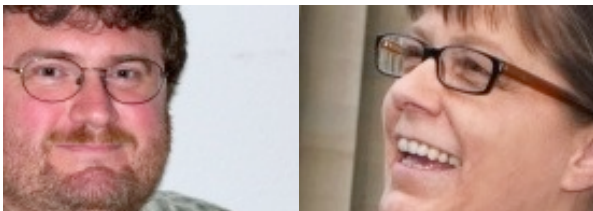
Um 19 Uhr: Festrede 100 Jahre Naturfreunde Botnang, Bürgerhaus Botnang, Griegstraße.

++++

22.03.2013 | Energiewende gestalten - Reihe „Fraktion vor Ort“ bei Rainer Arnold in Nürtingen, Plocher Str. 14, Tagungsraum in der Seegrasspinnerei um 19 Uhr.

Die soziale Spaltung hat unter Schwarz-Gelb alarmierend zugenommen. Zuversicht in sozialen Aufstieg fehlt, stattdessen geht Zukunftsangst um. Was wir brauchen, ist eine konsequente Politik der sozialen Gerechtigkeit, die das Aufstiegsversprechen erneuert. Das bedeutet Investitionen in ein besseres und gerechtes Bildungssystem, einen gesetzlichen Mindestlohn, gute Arbeit und – ein Neues Kindergeld, das den Familienleistungsausgleich auf den Kopf stellt und endlich Familien mit niedrigem Einkommen stärker fördert als Familien mit hohem Einkommen.

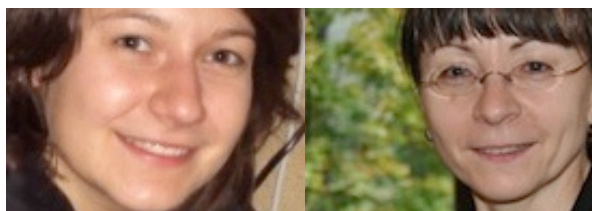
...



Mein Team in Stuttgart:

Dr. Matthias Schrumpf und Claudia Eichert

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de



Mein Team in Berlin:

Anne Martus und Sybille Thomas

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de